TROSTPREIS EUROPA

Wie sich die EU zwischen alle Stühle gesetzt hat und ihr so der Verlust ihres Lebensmodells droht.

[Matthias Müller]

Die EU, von Beginn an als transatlantisches Elitenprojekt gegründet, befindet sich heute am wahrscheinlich dramatischsten Scheidepunkt ihrer gesamten Geschichte. Die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Amerika ist Teil ihrer DNA. Auch wenn es auf der politischen Bühne heute für den unbedarften Medienkonsumenten den Anschein haben mag, die EU wäre ein eigenständiges Machtaggregat, so ist ihre tatsächliche Abhängigkeit heute größer denn je. Abhängig ist die EU aber nicht nur von ihrer Schutzmacht USA, sondern auch von Afrika, Asien, insbesondere China, und zu gewissen Teilen – auch heute noch – von Russland. Der exzessive Lebensstil des Westens beziehungsweise Europas basiert auf einem seit 500 Jahren bestehenden kolonialistischem beziehungsweise neokolonialistischem Gewalt-Verhältnis zum Nichtwesten. Dieser Lebensstil ist durch die gegenwärtigen globalen Machtverschiebungen in Gänze gefährdet. In der aktuell kritischsten Phase geostrategischer Verwerfungen sitzt die EU aufgrund dramatischer Fehleinschätzungen sowohl ihrer eigenen Bedeutung, als auch der Dynamik der Ereignisse zwischen allen Stühlen.
Im Endspiel um die vorläufigen Grenzlinien einer neuen multipolaren Weltordnung geht es für die EU um nichts weniger als um ihre Existenz und für die Menschen in Europa nicht nur um das gewohnte Lebensmodell sondern sogar um das schlichte Überleben.

»Eliten«-Projekte, wie das der „wohlwollenden Diktatur“ als beste aller möglichen Staatsformen haben schon immer vor allem auf Intellektuelle große Anziehungskraft ausgeübt. So sah der Schriftsteller Ernst Jünger in einem Essay »Der Weltstaat« von 1960 in einer Weltrepublik den einzig verbleibenden Weg. Der Amerikaner Garry Davis rief 1948 die Weltbürgerbewegung ins Leben und forderte die Vollversammlung der Vereinten Nationen, in die er eindrang, zur Errichtung einer Weltverfassung und einer demokratisch gewählten Weltregierung auf. Namhafte Intellektuelle, darunter Albert Einstein, André Gide, Albert Camus und Jean-Paul Sartre, bildeten ein Unterstützungskomitee, und 750.000 Menschen aus mehr als 150 Ländern ließen sich innerhalb von zwei Jahren in einem Register als »Weltbürger« eintragen. (Wikipedia)

Auf den Normalbürger indes wirken diese Fantasien bei weitem nicht so attraktiv. Tatsächlich ergreift die meisten Menschen, wenn man mit ihnen offen über die – tatsächlich schon sehr alte – Idee einer »Weltregierung« spricht, zumeist ein gewisses instinktives Unbehagen. Selbst Menschen mit geringem oder gar keinem Interesse an Politik und Staatsgeschichte scheinen tief in ihrem Inneren zu spüren, dass das Konzept der »Weltregierung« der Idee der »Demokratie« diametral entgegenläuft. Schon jetzt empfinden die meisten Bürger die EU als bürgerfern, bürokratisch und realitätsfremd,

Würde sich der normale Bürger allerdings mit der wahren Gründungsgeschichte der EU befassen, so würde er sein diffuses Unwohlsein durch die harte historische Realität bestätigt sehen. Er würde erfahren, dass die Europäische Union von Beginn an als Projekt einiger angloamerikanischer Machtzirkel konzipiert war und ausdrücklich als Vorstufe zu einer »Weltregierung« gegründet wurde. Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894 – 1972) und der Franzose Jean Monnet (1888 -1979) waren die schillerndsten Zugpferde der Bewegung, die schon 1922 begann und fast von Anfang an üppig mit Startkapital aus den Bankiershäusern Rothschild und Warburg ausgestattet wurde. Im weiteren Verlauf traten dem Plan noch viele bekannte Namen bei: William Donovan und Allan Dulles, die berühmt-berüchtigten US-Geheimdienst-Pioniere, Churchill, die Ford- und Rockefeller-Stiftung und noch viele andere der »üblichen Verdächtigen«. Allesamt waren sie von der Idee überzeugt, in Europa den Prototypen für eine elitenkontrollierte, scheindemokratische Technokratie zu installieren. In den Gründungsdokumenten ist das Gedankengut der EU-Urväter sehr deutlich zu lesen. Man hielt die »Demokratie« für eine ungeeignete, weil vom »dummen Volk« bestimmte Staatsform. Der Plan war es, eine Institution zu schaffen, die zwar vordergründig die Illusion einer demokratischen Struktur vermittelte, tatsächlich jedoch eine Technokratie war, deren Entscheidungen größtenteils hinter verschlossenen Türen von »Experten« getroffen und jeder echten demokratischen Einflussnahme entzogen sein würden. Nach und nach sollte sich dieser »Superstaat« mehr und mehr Machtbefugnisse aneignen, so lange bis von der einstigen Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten nichts mehr übrig sei, außer einer leeren, scheindemokratischen Hülle. Es sieht so aus, als liefe bis jetzt alles mehr oder weniger nach Plan.

Die historischen Details zur Gründungsgeschichte der Europäischen Union sind ausgesprochen lesenswert, sie wurden bereits in zahlreichen exzellenten Büchern und Artikeln niedergeschrieben. Aber es gilt, die EU noch aus einer anderen Perspektive zu betrachten, die durchaus erhellend sein kann. Die Europäer waren seit je-

her ein kriegerisches Volk mit einem schwerlich zu verleugnenden Drang zum Imperialismus. Die in die Vereinigten Staaten von Amerika ausgewanderte Europäer perfektionierten dies noch weiter. Die gesamte Geschichte des Aufstiegs Europas zur weltweit führenden Kolonialmacht ist eine Geschichte der Ausplünderung und Unterwerfung des globalen Südens und die Europäer waren nie zimperlich in der Wahl der Mittel und Wege, um ihre eigenen ökonomischen und machtpolitischen Interessen zu verfolgen. Gleichzeitig verstanden sie es stets vortrefflich, ihre Raub- und Eroberungsfeldzüge in ein moralistisches Gewand zu kleiden. Mal galt es, die »Mörder Christi« nachträglich ihrer vermeintlich gerechten Sühne zuzuführen, mal die »Heiden« mit der katholischen Religion auf den rechten Weg zu bringen. Als »christliche« Motive ihre Zugkraft nach und nach einbüßten, galt es, die Segnungen der »Zivilisation«, der »Demokratie« und schließlich jene der »regelbasierten Weltordnung« mit Nachdruck in die Welt zu tragen.

Was der europäische Kolonialismus in der Welt angerichtet hat, ist mit Worten kaum zu beschreiben. Die Methoden, die er bei der Vermittlung seiner »Werte« im globalen Süden anwandte, waren und sind von unaussprechlicher Grausamkeit, bestialischer Brutalität und teuflischer Selbstherrlichkeit geprägt. Für diese Methoden des Westens existiert aus der Zeit des frühen Kolonialismus ein ausführlicher Augenzeugenbericht des spanischen Dominikaners und Historikers Bartolomé de las Casas (1484–1566), der zwischen 1492 und 1536 die kolonialen spanischen Eroberungen begleitet hatte. Sein Bericht »Brevisima relación de la destrucción de las Indias« erschien, mit Kupferstichen von Theodor de Bry versehen, im Jahr 1552. Eine deutsche Übersetzung erschien bereits 1599 unter dem Titel »Kurzgefasster Bericht von der Verwüstung der westindischen Länder«. Mit diesen Maßnahmen, das Licht der Zivilisation in die Welt zu tragen, hat der Westen schon im Prozess der Entstehung seine Standards für den Umgang mit dem »Anderen« und für die Formung der europäischen Identität gesetzt:

»Ohne ins Detail zu gehen und nur um eine globale Vorstellung zu vermitteln, kann man festhalten, dass sich die Erdbevölkerung im Jahre 1500 auf etwa 400 Millionen beläuft, wovon 80 Millionen in Amerika leben. Mitte des 16. Jahrhunderts verbleiben von diesen 80 Millionen noch zehn.«

Die Illustrationen, die Bartolomé de las Casas durch Theodor de Bry anfertigen ließ, stimmten mit den Tatsachen überein, denn sie wurden von offizieller Seite als realitätsgetreu gelobt und in die offiziellen Archive übernommen. Sie zu betrachten erfordert allerdings erhebliche seelische Stabilität. Die Erkenntnis, dass Menschen, die von sich selbst behaupten, »zivilisiert« zu sein, zu derart verstörenden Grausamkeiten fähig sind, ist nahezu unerträglich. Wenn das Wort Völkermord jemals wirklich zutreffend verwendet worden ist, dann zweifellos beginnend in dieser geschichtlichen Epoche. Keines der großen Massaker des 20. Jahrhunderts kann mit diesen Blutbädern verglichen werden.

Selbstverständlich ging es dem Westen – zunächst den Europäern, später unter US-amerikanischer Führung – niemals darum, die heimgesuchten Länder des Südens tatsächlich zu »verwestlichen«, wie es der US-Philosoph Richard Rorty ausdrückte. Es ging um handfeste wirtschaftliche Interessen. Die Industrialisierung und gesellschaftliche Entwicklung des Westens wurde mit dem Blut von Hunderten von Millionen Afrikanern, Ureinwohnern Nord- und Südamerikas und Asiaten erkauft. Sie wurden über mehrere Jahrhunderte und in industriellem, bis dato in der Geschichte beispiellosem Maßstab abgeschlachtet, versklavt, vergewaltigt, deportiert, ausgeraubt, ausgebeutet und ausgehungert, ihre Völker mit brutalster Gewalt, Seuchen, Massenvernichtungswaffen und Drogen entweder genozidal ausgelöscht oder unterjocht, ihre Städte geplündert und niedergebrannt, ihre Kulturen vernichtet und ihre Ressourcen gestohlen.

Europa ließ sich bei seinen imperialen Raubzügen keineswegs von den idealistischen Parolen einer »zivilisatorischen Mission« beirren. Als anschauliches Beispiel mag die britische Herrschaft in Indien dienen: Mit einem breiten Spektrum äußerst gewaltsamer Aneignung und Ausplünderung erwies sich die englische Krone mit ihrer kapitalistischen Schlägertruppe, der Britischen Ostindien Kompanie, als ausgesprochen kreativ, wenn es um das Auspressen ihrer Kolonien ging. Dazu zählte auch das bewusste Herbeiführen von Hungersnöten oder das absichtliche Verschärfen von Hungerkatastrophen, die durch natürliche Faktoren mitbedingt waren. Im Jahr 1943 starben über drei Millionen Bengalen vor dem Hintergrund einer verheerenden Hungersnot, während der britische Premierminister Winston Churchill darauf bestand, dass Indien Reis exportieren müsse, und gleichzeitig Millionen Tonnen Weizen für Lagerbestände nach Großbritannien verschifften ließ.

Europäer haben sich stets mit großem Einsatz daran abgearbeitet, die schmutzigen Details ihrer Aufstiegsgeschichte durch Geschichtsklitterung, moralistische Umdeutung, Weglassung oder schlichte Falscherzählungen zu verbrämen. Es passt nicht ins westliche – oder europäische – Selbstbild. Europäer sehen sich gerne als die große Kraft des »wesenhaft Guten«, als Heilsbringer und fortschrittlichste Zivilisation auf Erden. Tatsache ist jedoch, dass es nicht die westlichen »Werte« sind, die uns unseren Wohlstand gebracht haben – zumindest nicht in dem Sinne, in dem man uns das glaubhaft zu machen versucht – sondern unsere Fähigkeit zur Erschaffung überlegener Kriegstechnologie und unsere Bereitschaft, sie zur Vernichtung anderer Völker einzusetzen um unsere Konsuminteressen zu befriedigen.

2005 wurden diese Ansichten durch den ehemaligen Leiter der Federal Reserve, Paul Volcker, bestätigt:

»Als Nation konsumieren und investieren wir etwa sechs Prozent mehr, als wir produzieren. Was das Ganze zusammenhält, ist ein massiver und wachsender Kapitalfluss aus dem Ausland, der sich auf mehr als zwei Milliarden Dollar pro Arbeitstag beläuft, Tendenz steigend. […] Für uns ist das alles ziemlich bequem. Wir füllen unsere Läden und Garagen mit Waren aus dem Ausland, und der Wettbewerb hat einen starken Druck auf unsere internen Preise ausgeübt. […] Die Schwierigkeit besteht darin, dass dieses scheinbar bequeme Muster nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann. Ich kenne kein Land, dem es gelungen ist, lange Zeit sechs Prozent mehr zu konsumieren und zu investieren, als es produziert.«

Seit der Kolonialzeit sichert sich der Westen, auch und vor allem durch den Einsatz bisweilen grausamster Gewalt eine ökonomische und kulturelle Ausnahmestellung auf dem Planeten. Im Laufe der Jahrhunderte wurden indes die Methoden der neokolonialen Ausplünderung kontinuierlich verfeinert. Seit Jahrzehnten wird

der Vermögenstransfer von Süden nach Norden hauptsächlich über die weitaus subtileren jedoch nicht minder folgenschweren Methoden der ökonomischen Kriegsführung organisiert. Durch sogenannte »Freihandelsabkommen«, »Entwicklungshilfe«, »Strukturanpassungen«, „Aufbauprogramme« und letztlich internationale Zoll- und Steuerabkommen treibt der Westen die schwächeren Staaten Asiens, Südamerikas und vor allem Afrikas in ein unentrinnbares Netz aus Schuldknechtschaft und wirtschaftlicher Abhängigkeit. Einige Zahlen und Daten sind in diesem Zusammenhang erhellend:

»Die USA machen weniger als 5 Prozent der Weltbevölkerung aus und verbrauchen 33 Prozent des Papiers der Welt, 23 Prozent der Kohle, 27 Prozent des Aluminiums und 19 Prozent des Kupfers. […] Unser Pro-Kopf-Verbrauch von Energie, Metallen, Mineralien, Forsterträgen, Fisch, Getreide und an Trinkwasser lässt den Gesamtverbrauch aller Menschen in der Dritten Welt winzig aussehen. Amerikaner machen nur 5 Prozent der Weltbevölkerung aus, erzeugen jedoch 50 Prozent des globalen Abfallaufkommens.«

Rainer Mausfeld geht in seinem neuesten Buch »Hegemonie oder Untergang« mit diesen Praktiken sehr hart ins Gericht und stellt einige gut belegte Daten zur Verfügung:

»Die ärmsten und verletzlichsten Länder – diejenigen, die Kredite von der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank erhalten konnten – waren am stärksten finanziell belastet, wie die Daten zeigen. Diese Länder zahlten 2023 einen Rekordbetrag von 96,2 Milliarden US-Dollar für den Schuldendienst. Der Guardian bemerkte dazu: Die reichen Länder sind faktisch zu den Bankiers der Welt geworden, die die Schuldner im globalen Süden auspressen. Die ärmeren Länder sind gezwungen, sich in den Währungen der reichen Welt zu verschulden, um ihre Energie und Nahrungsmittel zu bezahlen, während ihre Exporte im Vergleich zu ihren Importen hauptsächlich aus Waren von geringem Wert bestehen. […] Die Entwicklungsländer haben es schwer, aus einem gegen sie gerichteten Handels- und Finanzsystem auszubrechen, weil das Wirtschaftswachstum des globalen Nordens immer noch von der Ausbeutung ihrer Ressourcen und Arbeitskräfte abhängt.«

Eine Studie aus dem Jahr 2022 (Hickel, Dorninger, Wieland & Suwandi) zeigt auf, dass die reichen Länder den armen Ländern zwischen 1990 und 2015 die unglaubliche Summe von 242 Billionen Dollar (in Preisen von 2010) entzogen haben, was etwa einem Viertel des Einkommens des globalen Nordens entspricht. Für den globalen Norden sind die Gewinne so groß, dass sie in den letzten Jahrzehnten die Rate des Wirtschaftswachstums überstiegen haben. In anderen Worten, das Nettowachstum im Norden beruht einzig und allein auf Aneignungen aus dem Rest der Welt.

»Diese Aneignung und Umverteilung durch einen >ungleichen Austausch<, die ursächlich für die wachsende globale Ungleichheit und Umweltzerstörung sei, findet nach Auffassung der Autoren der Studie subtil und fast unsichtbar und ohne den offenen Zwang eines kolonialen Apparates statt, sodass sie keine moralische Empörung auslösen. Im Jahr 2015 habe sich der globale Norden netto 12 Milliarden Tonnen Rohstoffe, 822 Millionen Hektar Land, 5,8 Millionen Gigawattstunden Energie und 188 Millionen Personenjahre an Arbeitskraft aus dem globalen Süden angeeignet. Der monetäre Wert dieser Ressourcen wird auf 10,8 Billionen US-Dollar geschätzt, was etwa einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts des Nordens entspricht. Über den gesamten untersuchten Zeitraum von 1990 bis 2015 summiert sich dieser Wert auf 242 Billionen US-Dollar.« (Mausfeld)

Zu diesem Thema existieren ganze Bibliotheken gut recherchierter Studien im Rahmen der »Dritte-Welt- und Friedensforschung«, aus denen klar hervorgeht: Das Lebensmodell des Westens gründet sich auf eine seit 500 Jahren andauernde und dabei immer weiter verfeinerte Ausbeutung und Ausplünderung des globalen Südens. An diesen Fakten gibt es nichts zu rütteln. Es soll hier aber nicht darum gehen, eine weitere Anklage gegen die moralische Verkommenheit des Westens zu verfassen. Es geht vielmehr um die handfesten geostrategischen Konsequenzen, die sich aus unserem Lebensmodell ergeben und den Westen im Allgemeinen, Europa und die EU jedoch im Speziellen vor sehr konkrete Fragen stellen.

Die westliche Lebensweise ist heute geprägt vom US-amerikanisch inspirierten System des exzessiven Finanzkapitalismus, der seiner extraktiven Funktionslogik gemäß, stets auf überproportionales, organisch nicht realisierbares Wachstum angewiesen ist, um nicht zu kollabieren. Seit den Anfängen des Kolonialismus hat der Westen Strategien entwickelt, dieses Wachstum durch systematische, strukturelle Ressourcenentnahme zulasten ökonomisch und militärisch schwächerer Länder zu finanzieren und zu verstetigen. Diese Strategien nutzen die gesamte Klaviatur der Repression, von den vermeintlich subtilen Methoden internationaler Handels- und Finanzpolitik bis hin zu offenen Angriffskriegen, die die Zerrüttung und brutale Zerstörung renitenter Querulantenstaaten zum Zwecke der nachfolgenden Ausweidung verfolgen. Unser gesamter Lebensstil, unsere kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Errungenschaften, sowie unser ganz persönlicher privater Wohlstand, beruhen darauf.

Die USA können indes nicht nur als Erfinder oder zumindest Perfektionierer des exzessiven Finanzkapitalismus gelten, vor allem sichern sie als größte Macht der Erde den Finanzkapitalismus über ihren militärischen Gewaltarm Pentagon/NATO ab. Ohne ihre militärische Macht, jedes beliebige Ziel hegemonialen Großmachtstrebens der US Finanzoligarchie — mit ihrem allgegenwärtigen Dollar als Repressionsmittel Nummer Eins — bei Bedarf gewaltsam den eigenen Interessen zu unterwerfen, ist das System nicht betriebssicher.

In den letzten Jahrzehnten hat jedoch der globale Süden versucht, sich aus der Rolle des ewigen Untertanen heraus zu entwickeln, und ist dabei insbesondere seit der Jahrtausendwende zunehmend erfolgreich. China ist längst zu einer wirtschaftlichen Großmacht aufgestiegen, die sich auch noch mit anderen Volkswirtschaften des globalen Südens in einem neuen Wirtschaftsbündnis organisiert hat: BRICS. BRICS wird in unseren Medien kaum eines Kommentars bedacht. Dieses Bündnis wird ignoriert, ganz so, als handelte sich um einen unbedeutenden Stammtisch in irgendeiner Dorfkneipe. Tatsächlich ist BRICS in praktisch allen wichtigen Kennzahlen mittlerweile größer, potenter und von größerer strategischer Bedeutung als NATO/G7. Zu BRICS gehören die Gründungsstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika und seit Anfang des Jahres zusätzlich Äthiopien, Ägypten, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabi-

schen Emirate (VAE). Die Liste der Länder, die kurzfristig beitreten möchten, ist lang.

BRICS repräsentiert heute schon fast die Hälfte der Weltbevölkerung, rund ein Drittel der Landfläche des Planeten und mehr als ein Drittel des kaufkraftbereinigten Welt-BIP. Allein in diesen Punkten ist BRICS größer als die G7. Die BRICS-Staaten kontrollieren aber auch die größten Ressourcenreserven: Öl, Gas, Edelmetalle, Industriemetalle und seltene Erden. Und BRICS steht kurz vor der Einführung einer eigenen internationalen Handelswährung samt zugehörigem Zentralbank- und Zahlungsverkehrssystem.

Die militärische Macht folgte dem ökonomischen Aufstieg, so dass die Volksrepublik China heute – zumindest mit konventionellen Waffen – von keinem Staat und keinem derzeitigen Militärbündnis mehr ernsthaft eingeschüchtert werden kann.

Auch der alte Widersacher, sozusagen der Urfeind des US-amerikanischen Kapitalismus, Russland, erwies sich als enorm widerstandsfähig gegen die mannigfaltigen Versuche einer westlichen Akquisition. Die in diversen Strategiepapieren des Pentagon und der CIA ausdrücklich ausgebreiteten Pläne, Russland durch eine rücksichtslose NATO-Erweiterungspolitik einzukreisen und sich schließlich das geostrategische Filetstück, die Ukraine mit all seinen fruchtbaren Böden, den Energieressourcen, den seltenen Erden sowie dem strategisch unbezahlbaren Zugang zu den Schwarzmeerhäfen, einzuverleiben, wurden durch die russische Intervention in letzter Minute final durchkreuzt.

Und nicht nur das. Der propagandistische Umgang des Westens mit der Ukrainekrise war bestenfalls innenpolitisch leidlich erfolgreich, indem er die Bevölkerungen des Westens, insbesondere der EU, auf das energisch konstruierte Feindbild »Russland« mehr oder weniger einzuschwören vermochte. Außenpolitisch hingegen war dieses Manöver ein katastrophales Desaster. An diesem entscheidenden Konflikt zeigte sich für den gesamten Nicht-Westen, also den weit überwiegenden Teil der Weltbevölkerung, die Doppelzüngigkeit und die moralische Verkommenheit des Westens in unübersehbarer Deutlichkeit. Im Gegenzug zum Westen erinnern sich die Gesellschaften des globalen Südens sehr wohl lebhaft an die Methoden des Westens bei der Durchsetzung seiner Interessen und lassen sich nicht von derselben Propaganda blenden, die im »Wertewesten« so wunderbar verfängt. Insbesondere die EU hat sich durch ihre narzisstische Großmäuligkeit, gepaart mit bizarrer, diplomatischer Tölpelhaftigkeit und maßloser Selbstüberschätzung, charakterlich vollständig entblößt.

Zur Ehrenrettung der EU könnte man nun ins Feld führen, dass das großspurige Vorpreschen der EU mittels eskalativer Rhetorik und verantwortungsvergessener Provokationen durch immer offensivere Waffenlieferungen eine gewisse Rückendeckung durch die Biden-Administration im Weißen Haus genoss. Die kleine Uschi, die dem bösen Putin frech die Zunge heraus streckt, weil sie den großen dicken Joe hinter sich weiß, das mag als Vorlage einer politischen Karikatur durchaus einen gewissen Charme gehabt haben. Für die realitätsfremden Europäer völlig unerwartet, gewann jedoch nicht Joe Biden bzw. dessen inhaltliche Fortführung Kamala Harris, sondern Donald Trump mit einem erdrutschartigen Sieg die letzten Präsidentschaftswahlen in den USA und die EU fand sich unversehens zwischen den Stühlen sitzend wieder.

Damit ist für die EU eine ausgesprochen unerfreuliche Gemengelage entstanden: der US-geführte Westen ist seit Hunderten von Jahren daran gewöhnt, seinen exzessiven Lebensstil zu finanzieren, indem mittels kolonialistischer (später neokolonialistischer) Methoden eine rücksichtslose Ressourcenextraktion aus den schwächeren Staaten des Nichtwestens betrieben wurde. Diese Praktiken haben nach derzeitigem Anschein ihr Ablaufdatum erreicht. Innerhalb der »westlichen Wertegemeinschaft« entstehen nun Bruchlinien, bei denen nicht klar ist, ob die EU-Administration deren volle tektonische Wucht überhaupt erkennt.

Auch ist Bewegung in das Währungssystem gekommen und wenn es über kurz oder lang zu einer teilweisen Abkehr vom US-Dollar kommt, ist das System »USA« in seiner heutigen Form nicht mehr zu betreiben. Das gesamte Geschäftsmodell »Wohlstand gegen Spielgeld« ist dann vorbei. Der größte Militärapparat der Welt ist dann nicht mehr finanzierbar. Die ausufernden Staatsausgaben? Nicht mehr machbar. Erschwerend kommt hinzu – und davon kann sich nur ein realistisches Bild machen, wer selbst schon die USA bereist hat – dass das Land jenseits des großen Teichs auf einem Investitions- und Sanierungsstau von wahrhaft galaktischem Ausmaß sitzt. Die Infrastruktur ist marode. Die Industrie abseits des demnächst wohl durch KI betriebenen Big-Tech-Sektors ist hoffnungslos veraltet. Der Immobilienbestand größtenteils baufällig. Sozial sind die USA ein Pulverfass. Armut und Prekariat überziehen das Land wie ein bedrohliches Tiefdruckgebiet, das sich jederzeit in einem Hurrikan entladen kann.

Wir sollten uns keine Illusionen von der Dramatik der Lage machen. Die USA kämpfen nicht nur um ihre globale Vormachtstellung, sondern um nichts weniger als ihr nacktes Überleben. Auch im Technologiesektor steht den USA das Wasser bis zum Hals. China hat sein Ziel, Taiwan in Kürze wieder in das chinesische Staatsgebiet einzugliedern, unmissverständlich formuliert. In Taiwan geht es für die USA um sehr viel. Ihre einzige wirklich nennenswerte Zukunftsindustrie hängt an den Halbleiterchips aus Taiwan. 90 Prozent der weltweiten Produktion der technologisch modernsten Halbleitergeneration kommen von dort.

Wenn die USA – infrastrukturell herab gewirtschaftet, mit erbärmlicher industrieller Produktivität, innenpolitisch vor unlösbaren Problemen stehend und außenpolitisch außerhalb der selbst geschaffenen West-Blase zunehmend politisch isoliert – die Lufthoheit über das Weltwährungssystem und/oder den Big-Tech-Sektor verlieren sollten, könnte das Land auf das Niveau eines Schwellenlandes zurück fallen. Für die USA geht es daher in der gegenwärtig stattfindenden Neugestaltung der Weltordnung um sehr viel. Trump weiß das und versucht die Interessen der USA mit der Brechstange zu schützen - auch und besonders gegen uns. Die USA sind zur wenigstens annähernden Aufrechterhaltung ihres exzessiven Lebensstils darauf angewiesen, andere Volkswirtschaften in neokolonialistischer Manier auszubeuten. Sie treffen jedoch auf eine Welt, in der sich die ehemaligen Wirtsstaaten in ernst zu nehmenden Bündnissen zusammen finden, um sich gegen diese parasitären Praktiken zu immunisieren. Und so richtet sich der gierige Blick Washingtons und der Wallstreet nun auf die EU – den Vasallen, der sich in Verkennung der Realität für einen „Verbündeten“ hält.

Und tatsächlich scheint es, dass die EU sich bereitwillig in eine Falle locken lässt. Viele Autoren werfen die Frage auf, warum die EU dem für Europa so destruktiven Kurs der USA folgt. Unabhängig von allem ideologischen Blendwerk, das erschwerend zum Dilemma beiträgt, behaupte ich, dass dieser Kurs durch die normative Kraft des Faktischen determiniert ist. Betrachtet man die Gründungsgeschichte der EU, so ist sie eindeutig als Vasall der USA konzipiert und wird dank umfangreicher Infiltration durch Geheimdienste (siehe NSA Abhörskandal), Big-Tech, Thinktanks und NGOs sowie deren Lobbyarbeit auch als solcher geführt. Die EU hängt auch in vielen weiteren, essenziellen Bereichen am Tropf der USA und kann daher sich nicht ohne weiteres von seiner vermeintlichen Schutzmacht emanzipieren: Das gesamte westliche Militär ist technologisch mit den USA verflochten. Ein Großteil der europäischen Wirtschaft ist längst im Besitz von US-Investoren – erhebliche Anteile gehören jedoch auch schon chinesischen Konzernen, die sich insbesondere seit »Corona« ganz besonders eifrig in europäische Industrie- und Technologieunternehmen auch und insbesondere im Mittelstand eingekauft haben. Je nach Lesart sind es rund 60 bis 70 Prozent der Aktien allein der DAX-Konzerne, die längst in den Portfolios von BlackRock & Co. liegen. Das Internet und alle großen Plattformen, auf denen wir uns bewegen, sind US-amerikanisch kontrollierte Projekte. Alle unsere Wirtschaftsdaten liegen auf US Servern. Die USA sind seit vielen Jahren das wichtigste Abnehmerland deutscher und europäischer Industrieproduktion. Die europäischen Medien könnten ohne die Werbeeinschaltungen von US-Konzernen nicht existieren oder sind selbst Teil von US-Konzernen. Der Großteil aller Bezahlsysteme in Europa, wie Paypal, Apple Pay, Mastercard und Visa sind Dienstleistungen amerikanischer Konzerne. Möchte ein europäischer Bankkunde eine seiner Karten für bargeldlose Zahlung im Ausland oder im Internet nutzen, läuft dies über die technologischen Dienste maestro (Mastercard) oder V-pay (Visa). Kurzum: Es gibt praktisch keinen Lebensbereich, ob Politik, Wirtschaft, bis hinunter zum Privatleben des einzelnen Bürgers, der nicht von den USA wirtschaftlich, finanztechnologisch oder militärisch abhängig wäre. Zu dieser objektiven Abhängigkeit kommt unsere ideologische Abhängigkeit erschwerend hinzu. Europa ist ideologisch mit dem größten Rest der Welt vollständig inkompatibel, und das schon seit Hunderten von Jahren und aus den genannten, handfesten Gründen.

Die EU hat die Rolle des Rammbocks gegen Russland für sich in Anspruch genommen. Zur Zeit der Biden-Adminstration wähnte man sich offenbar für einen solchen Kurs gut gewappnet, indem man sich der Unterstützung Washingtons sicher glaubte. Man hat im Vertrauen auf eine rasche und umfassende Niederlage Putins einen politischen Kurs eingeschlagen, der ganz darauf setzte, am Ende die Ukraine in die EU einzugliedern und damit eine neue Kolonie akquirieren zu können, die aufgrund ihres Ressourcenreichtums das Lebensmodell Europas – das ebenso auf Wohlstandsextraktion aus anderen Ländern angewiesen ist, wie das der USA – auf Jahrzehnte hinaus weiterhin ermöglichen könnte. Ein Kurs, der wahrscheinlich schon von Beginn an die US-amerikanischen Interessen – vorsichtig formuliert – nicht zur Gänze bedacht haben mag, sich nach dem Machtwechsel im Weißen Haus aber vollends als verheerend erweist. Zu allem Übel gibt es aus diesem Kurs kurzfristig kein Entrinnen, es wurde bei Weitem zu viel Porzellan zerdeppert. Die EU hat sich in eine Sackgasse manövriert. Das einstige Erfolgsmodell, mittels billiger russischer Energie und billiger Ressourcenextraktion aus dem globalen Süden hochqualitative Güter einigermaßen günstig herzustellen und diese einerseits in die konsumsüchtigen USA und andererseits in ökonomisch abhängige Absatzmärkte des Südens zu exportieren, befindet sich aufgrund der selbstzerstörerischen Energie- und Wirtschaftspolitik bereits unumkehrbar im Niedergang und droht in Kürze vollends zu kollabieren. Gleichzeitig haben die USA unter der Führung Donald Trumps offenbar eine Variante entdeckt, wie sie ihr gefährliches geostrategisches Spiel so gestalten können, dass sie im schlimmsten Fall zumindest ihren Einsatz wieder zurückbekommen, ohne einen Totalverlust hinnehmen zu müssen.

Die USA haben es mit großem Geschick verstanden, die narzisstischen Großmachtgelüste der EU-»Eliten« ideologisch anzufachen und damit eine auf lange Sicht unheilbare Zerrüttung des Verhältnisses Europas mit Russland aber auch China zu verursachen. Gleichzeitig hat sich die EU durch die endgültige Zerstörung von essentieller Energieinfrastruktur (Nordstream 1+2) von Energieimporten aus US-kontrollierten Weltregionen unter die wirtschaftliche Kontrolle der USA gebracht. Unabhängig von den harten geopolitischen Sachzwängen ist es den USA aber auch gelungen, die EU mit toxischen Ideologien zu infizieren, die hier auf äußerst fruchtbaren Boden gefallen sind. Während die USA noch nie so dumm waren, einer fragwürdigen Klimaideologie ihre wichtigsten Schlüsselindustrien zu opfern, konnte die EU äußerst geschickt und mithilfe extrem zahlungskräftiger US-NGOs dazu manipuliert werden, ihr gesamtes ökonomisches Tragwerk zugunsten völlig absurder Weltrettungsfantasien einzureißen. Damit ist für die USA eine strategisch durchaus akzeptable Ausgangslage entstanden: Im Idealfall gelingt es, den lange gehegten Plan umzusetzen, Russland durch einen weiterhin von der EU angestachelten, zersetzenden Dauerkonflikt in der Ukraine in einen finalen Zerfallsprozess zu überführen und damit eine erfolgreiche Akquisition seiner Ressourcen zu ermöglichen. Dann wären die USA gestärkt in der Lage, China langfristig zumindest einigermaßen unter Kontrolle zu halten. Im Falle eines Scheiterns dieser Obsession käme zumindest Europa militärisch unter die Räder, nicht jedoch die USA. Bei realistischer Betrachtung kommt Europa aber in beiden Fällen unter die Räder: Sollte es nicht in einem militärischen Krieg zerstört werden, was sich in der Geschichte bereits zwei Mal als beispielloser Glücksfall für die USA erwiesen hat, so wird Europa seine Rolle im bereits laufenden Wirtschaftskrieg mit einem dramatischen ökonomischen Niedergang bezahlen und damit weitere Jahrzehnte in der Position einer wirtschaftlich abhängigen Kolonie der USA verharren. Gelingt es den USA also nicht, seine hegemonialen Ambitionen auf dem Globus durch die derzeitige Transformation hindurch zu stabilisieren, so bliebe in jedem Falle ein zerrüttetes Europa als Trostpreis.